Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
37. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Mittwoch, 25.01.2006
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:35 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, Raum A 102

Anwesend:

Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Eichstädt, Klaus	CDU
Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Frau Kölsch, Juliana	SPD
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Frau Wagner, Sieglinde	fraktionslos
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (BD)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (BD)
Herr Timm, Peter	GRÜNE (BD)

Vom Amt:

BzStR Wöpke *(in Vertretung für BzStR Stäglin)*
Bau L Herr Müller-Ettler
Ord L Hr. Hartmann
Tief 3 Hr. Stumpe
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

TOP 2 Genehmigung des Protokolls

TOP 3 Fahrrad-Angebotsstreifen für die Pacelliallee - Fortsetzung der Diskussion
(siehe Protokoll vom 23.11.05, Seite 5 (5.)
- Unterlagen werden den Fraktionen bis zur Sitzung gesondert zugestellt.

TOP 4 Buskap im Hindenburgdamm
(siehe Protokoll vom 23.11.05, Seite 7 (8.)

TOP 5 Berichterstattung der BVG zu den Linienmaßnahmen Linie 112 und Linie 118 bzw. zu den Linienänderungen zum Mai 2006

TOP 6 Anträge

TOP 6.1 Wartehäuschen an der BVG-Haltestelle Stadtbad Lankwitz
Drucksache: 1817/II - SPD-Fraktion

TOP 6.2 Lärmpegelmessungen in der Clayallee
Drucksache: 1684/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 6.3 Halteverbot Augustastraße aufheben
Drucksache: 1699/II - FDP-Fraktion

TOP 6.4 'Flüsterstraße' auch im Berliner Modellversuch
Drucksache: 1702/II - FDP-Fraktion

TOP 6.5 Klarheit bei möglichen Stellflächen für Werbeflächen
Drucksache: 1741/II - FDP-Fraktion

TOP 6.6 Benennung nach Nentershausen
Drucksache: 1769/II - Fraktionen SPD und CDU

TOP 6.7 Beseitigung der Unfallgefährdung Potsdamer Chaussee
Drucksache: 1770/II - SPD-Fraktion

TOP 6.8 Beleuchtung Langestraße
Drucksache: 1772/II - SPD-Fraktion

TOP 6.9 Überprüfung von Bundesautobahnschildern
Drucksache: 1776/II - FDP-Fraktion

TOP 6.10 Lauenburger Straße für den Durchgangsverkehr sperren
Drucksache: 1809/II - GRÜNE-Fraktion

TOP 6.11 Verbesserung des Verkehrsflusses in Zehlendorf Mitte
Drucksache: 1811/II (neu) - Fraktionen GRÜNE und CDU

TOP 6.12 Parkverbot Ecke Gritzner-/Treitschkestraße
Drucksache: 1814/II - SPD-Fraktion

TOP 6.13 Pflastersteine auf den Bürgersteigen
Drucksache: 1818/II - CDU-Fraktion

TOP 6.14 Parkraumbewirtschaftung bis 18 oder 19 Uhr
Drucksache: 1819/II - FDP-Fraktion

TOP 7 Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h für die Riemeisterstraße zwischen Argentinischer Allee und Onkel-Tom-Straße
(siehe Protokoll vom 23.11.05, Seite 8 (9.2)

TOP 8 Zustand des Ludwig-Beck-Platzes/Stand des Angebots der Fa. Wall
(siehe Protokoll vom 23.11.05, Seite 9 (10.3)

TOP 9 Benennung des Platzes zwischen Heinersdorfer Straße/Lange- und Heimkehlenstraße in Berlin-Lichterfelde nach Oskar Lange

TOP 10 Ausbau Hildburghauser Straße (aktueller Sachstandsbericht)

TOP 11 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 12 Verschiedenes

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herrn Lutz vom ADFC und Herrn Jannermann von SenStadt (beide zu TOP 3) sowie Herrn Huwe, Herrn Knoke und Herrn Orb von der BVG (zu den TOPs 4, 5 und 6.1).

Der Ausschuss einigt sich auf 18.30 Uhr als Ende dieser Sitzung.

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Es sind keine Bürger erschienen.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 36. Sitzung vom 23.11.2005 wird genehmigt.

zu 3 Fahrrad-Angebotsstreifen für die Pacelliallee - Fortsetzung der Diskussion (siehe Protokoll vom 23.11.05, Seite 5 (5.)
- Unterlagen werden den Fraktionen bis zur Sitzung gesondert zugestellt.

Der Ausschussvorsitzende dankt dem Amt für die zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung gestellten Unterlagen.

Bezug nehmend auf das Protokoll der letzten Sitzung, erkundigt sich die Fraktion GRÜNE, ob die Befestigung des Randstreifens tatsächlich von SenStadt bezahlt wird. Der anwesende Vertreter von SenStadt, Herr Jannermann, bejaht dies.

Ebenfalls auf das genannte Protokoll Bezug nehmend, spricht die SPD-Fraktion den Plan an, dass in einigen Bereichen der Pacelliallee das Parken erlaubt und in anderen verboten sein soll. Die CDU-Fraktion spricht sich gegen ein Parkverbot aus; dadurch werde nur an anderer Stelle ein Parkdruck erzeugt, zumal sich der Parkraum durch die Laternen und Bäume ohnehin bereits um 35 Prozent verringere.

Herr Lutz von ADFC nennt drei Gründe für einen Fahrrad-Angebotsstreifen in der Pacelliallee. Die Route sei seit langem in Planung und bilde keinesfalls eine Parallele zum oder einen Ersatz für den Franz-Grothe-Weg. Sie führe zur Freien Universität und würde daher von vielen Rad fahrenden Studenten genutzt werden. Schließlich sei noch das Konfliktpotential zwischen Autofahrern und Radlern minimal, wenn nicht gleich Null, wenn Fahrrad- und Autoverkehr jeweils ein eigener Raum zugewiesen wird.

Der Ausschuss erörtert die notwendige bzw. wünschenswerte Beschaffenheit des Belages im Unterstreifen, damit dieser wasserdurchlässig ist. Mit dem Hinweis auf frühere entsprechende Erfahrungen in der Englerallee erklärt Bau L Herr Müller-Ettler, es müsse ein Kompromiss gefunden werden zwischen dem Anspruch, das Regenwasser versickern zu lassen, und der Haltbarkeit der Pflasterung, die durch das Rangieren der Autos beim Aus- und Einparken stark im Mitleidenschaft gezogen wird. Die FDP-Fraktion stimmt dem zu.

Der Ausschussvorsitzende lässt darüber abstimmen, ob im Ausschuss für die Pacelliallee ein durchgehender Fahrradangebotsstreifen sowie ein Unterstreifen in der von Herrn Müller-Ettler genannten Art eines Kompromisses gewünscht wird. Bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung sind alle dafür.

Angesichts des im Ausschuss herrschenden Konsenses bezeichnet der Ausschussvorsitzende die Bitte der fraktionslosen Bezirksverordneten Wagner, vor weiteren Schritten nochmals die Parkplatzsituation in der Pacelliallee zu erörtern, als eine Einzelmeinung.

zu 4 **Buskap im Hindenburgdamm**
(siehe Protokoll vom 23.11.05, Seite 7 (8.)

Herr Knoke vom 'Unternehmensbereich Bus' der BVG erläutert nochmals die Verkehrssituation am Hindenburgdamm und die von der BVG gesehenen Vorteile eines Buskaps. Er erklärt, dass dieses durch das Beschleunigungsprojekt der BVG und SenStadt bezahlt würde.

Die FDP-Fraktion erklärt, Nachfragen bei einem ansässigen Geschäftsmann hätten ergeben, dass der Hindenburgdamm an dieser Stelle ein Buskap nicht verträgt, da dann, wenn Busse dort halten, in der Ausfallstraße nur noch eine Spur vorhanden wäre. Auch die CDU-Fraktion befürchtet Rückstaus, wenn Busse am Kap auf der rechten Fahrspur halten. Die SPD-Fraktion bezweifelt dies. Notfalls müsse der Verkehr auf dieser Spur kurze Zeit warten oder sich in die andere Spur einfädeln, was jetzt auch schon bei in zweiter Reihe haltenden Autos oft genug der Fall sei. Da das Buskap einer Beschleunigung des Busverkehrs dienen würde, sei es eine gute Sache, die in anderen Großstädten bereits gang und gäbe ist. Die Fraktion GRÜNE weist darauf hin, dass es in dieser Straße auch keinen Dauerstau gegeben habe, als im Zusammenhang mit Bauarbeiten an der Kirche eine Spur für den Fahrzeugverkehr gesperrt war.

Herr Knoke erklärt, die Behinderung des fließenden Verkehrs sei bei nur drei Buslinien, die dort jeweils vier Mal in der Stunde für ca. 15 Sekunden halten, um Fahrgäste ein- und aussteigen zu lassen, nur sehr gering. Schon jetzt wäre oft genug genau diese Situation gegeben, wenn die Gelenkbusse nicht in die häufig zugeparkte Bushaltestelle hineinfahren können und in die rechte Fahrspur hineinragen. Für die Fahrgäste hätte diese Situation, wo Busse schräg zum Bürgersteig halten müssen, zudem noch den Nachteil, dass sie dann auf der Fahrbahn aussteigen müssen. Darüber hinaus benötigen Gelenkbusse in der jetzigen Situation einen Bereich von 40 m, um parallel an den Bürgersteig heranfahren zu können, während sie bei einem Buskap nur 20 m bräuchten.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass dennoch keine zusätzlichen Parkplätze entstünden, weil sich auf beiden Seiten des Buskaps Einfahrten befinden. Auf Nachfrage der CDU-Fraktion beziffert Herr Knoke die Kosten für ein Buskap mit 20.000 Euro.

Die fraktionslose Bezirksverordnete Wagner erklärt, ein Buskap brächte für Fußgänger und wartende Fahrgäste Erleichterung, da es für sie dort jetzt durch den Radweg und die Vorbauten der Geschäfte relativ eng sei. Zudem sei die jetzige Situation für Busfahrer und die hin- und her geschwenkten Fahrgäste nicht stressfrei, wenn die Busse sich in die engen und oft zugeparkten Haltestellen hinein- und wieder hinausquälten.

In einem Plädoyer für ein Buskap streicht Herr Huwe von der BVG nochmals dessen Vorteile für den Bus- wie den Individualverkehr sowie für die – besonders älteren – Fahrgäste heraus.

Bei einer Abstimmung wird die Einrichtung eines Buskaps mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

zu 5 **Berichterstattung der BVG zu den Linienmaßnahmen Linie 112 und Linie 118 bzw. zu den Linienänderungen zum Mai 2006**

Herr Huwe vom Bezirks- und Zielgruppenmanangement der BVG erläutert dem Ausschuss die Änderungen bei den Abfahrzeiten des 112-er Busses, um die Schüler morgens besser und pünktlicher zur Schule zu bringen. Er erklärt, erste Erfahrungen mit den neuen Taktzeiten seien positiv. Entsprechend den Wünschen eines BVV-Beschlusses seien auch die Taktzeiten des 118-er Busses geändert worden. Der Ausschussvorsitzende dankt der BVG für diese Änderungen. Die SPD-Fraktion weist

darauf hin, dass sich seither Änderungen in den Schulschlusszeiten ergeben hätten und bittet die BVG zu prüfen, wie dies in den Taktzeiten des Busses berücksichtigt werden kann.

Die CDU-Fraktion verweist in diesem Zusammenhang auf ein zusammen mit der Einladung versandtes Schreibens von Herrn und Frau Döring vom 29.11.2005, in dem diese sich über einen zu dichten Bustakt speziell der Linie 181, Bereich Lankwitz-Kirche – Melanchthonstraße, durch zu viele Einsetzerbusse beklagt hatten. Herr Huwe erklärt, ein Ortstermin der BVG mit dem Ehepaar hätte ergeben, dass dieses weniger an einer zu geringen Auslastung der Fahrzeuge als an der Geräuschbelästigung durch die Busse Anstoß nimmt. Daher habe die BVG bereits in den Weihnachtsferien den Fahrplan etwas ausgedünnt, ohne dass es zu Klagen seitens der Bürger gekommen wäre. Auch in den kommenden Ferien solle dies wiederholt und die Resonanz bei Anwohnern abgewartet werden.

Herr Orb von der BVG verteilt an die Ausschussmitglieder den 19-seitigen Überblick „Angebotsmaßnahmen Fahrplanwechsel 28. Mai 2006“ und erläutert im einzelnen die darin genannten allgemeinen wie auch speziell den Bezirk betreffenden Änderungen im BVG-Verkehr (U3, Busse 184, 187, X 11, M 11, M 48, M 76, X 76, 277, 283 und 284).

Die SPD-Fraktion fragt, warum der Wunsch des Ausschusses nicht erfüllt wurde, den 284-er Bus wieder durch die Celsiusstraße zu führen. Herr Orb erklärt, die Erkenntnisse der BVG besagten, dass dort die Nachfrage nicht so hoch ist. Mit der jetzigen Lösung würde das Unternehmen Zeit und Geld sparen. Er bedauert, dass die Argumente von Ausschuss und BVG hier weiterhin gegeneinander stehen.

Die CDU-Fraktion kritisiert, dass es keine Buslinie gibt, die nach der Inbetriebnahme des neuen Berliner Hauptbahnhofs am 28.05.2006 aus dem Bezirk direkt dorthin fährt. Dies sei insbesondere für Fahrgäste mit Gepäck sehr unzufriedenstellend. Herr Knoke verweist darauf, dass eine Reihe von Bussen aus dem Bezirk Bahnhöfe der Stadtbahnlinie anfahren, so dass der Hauptbahnhof mit einem einmaligen Umsteigen erreicht werden kann. Da gleiche gelte für die S-Bahnlinien und den M 48-er Bus, die über den Potsdamer Platz führen. Im übrigen sei der künftige Fernbahnhof Südkreuz als Station für den Berliner Süden, also auch für Steglitz-Zehlendorf, maßgebend. Dorthin gebe es auch direkte Busverbindungen aus dem Bezirk.

zu 6 Anträge

zu 6.1 Wartehäuschen an der BVG-Haltestelle Stadtbad Lankwitz
Drucksache: 1817/II - SPD-Fraktion

Herr Knoke erklärt, der Antrag finde die Zustimmung der BVG. Ein entsprechender Antrag der BVG vom 07.07.2000 sei vom Tiefbau- und vom Stadtplanungsamt mit der Begründung abgelehnt worden, dies würde zu Beeinträchtigungen der Anwohner führen.

Bau L Hr. Müller-Ettler berichtet, bei einem Ortstermin sei man seinerzeit einvernehmlich der Meinung gewesen, dass an der vorgesehenen Stelle nicht genügend Platz für ein Wartehäuschen sei.

Herr Knoke erklärt, die BVG sei nicht gewillt, ein schmaleres Wartehäuschen aufzustellen, da hierauf kein Platz für Werbung sei und sie es daher selbst finanzieren müsste. Die BVG sei aber bereit zu prüfen, ob mit dem Anlieger eine Vereinbarung über die Aufstellung einer Wartehalle auf dem angrenzenden Grundstück geschlossen werden kann.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

Der Ausschussvorsitzende bittet die BVG, an den benachbarten Grundstücks-eigentümer mit der Bitte heranzutreten, dessen Grundstück für das Wartehäuschen nutzen zu dürfen.

zu 6.2 Lärmpegelmessungen in der Clayallee
Drucksache: 1684/II - GRÜNE-Fraktion

Die Fraktion GRÜNE erklärt, sie halte den Antrag aufrecht, da ihr von Anwohnern mitgeteilt worden sei, dass es in der Clayallee nach einer Schlaglochsanierung zwar leiser geworden sei, aber noch nicht leise genug.

Bau L Hr. Müller-Ettler erklärt, die Abteilung habe 100.000 Euro in die Schlaglochbeseitigung der besonders betroffenen Abschnitte der Clayallee gesteckt und hierfür auch das Dankschreiben eines Anwohners erhalten. Eine vollständige Sanierung hätte allerdings das Zwei- bis Dreifache gekostet – ein Betrag, den das Amt nicht habe. Sen Stadt könnte zwar um die Durchführung einer Lärmpegelmessung gebeten werden, würde diese dem Bezirk aber in Rechnung stellen.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

zu 6.3 Halteverbot Augustastraße aufheben
Drucksache: 1699/II - FDP-Fraktion

Anhand von Fotos erläutert die FDP-Fraktion die Situation an der betreffenden Stelle und erklärt, durch das Halteverbot erlitten die ansässigen Geschäftsinhaber Einnahmeeinbußen. Zugleich sei dieses Verbot nicht mehr nötig, da die Bushaltestelle dort weggefallen sei. Die SPD-Fraktion erklärt, der Antrag finde ihre Unterstützung.

Ord L Hr. Hartmann weist darauf hin, dass das Halteverbot ohnehin nur zu bestimmten Zeiten gilt und dass seine Aufhebung dazu führen würde, dass die Autofahrer sich nicht an der Einmündung zur Hindenburgdamm auf zwei Spuren einordnen könnten, um nach rechts bzw. links abzubiegen.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Vorschlag, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln, unter der Bedingung zu, dass Vertreter von Amt und Fraktionen sich mit der Situation in einem Lokaltermin vertraut machen. Frau BV Wagner bittet darum, dass auch fraktionslose Ausschussmitglieder zu dem Termin eingeladen werden.

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob in der Augustastraße / Ecke Hindenburgdamm das zu beiden Seiten von Montag bis Freitag von 15 -18 Uhr geltende Halteverbot bis zu den Hausnummern 2 und 39 aufgehoben und das halbseitige Parken auf dem Bürgersteig gestattet werden kann.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6.4 'Flüsterstraße' auch im Berliner Modellversuch
Drucksache: 1702/II - FDP-Fraktion

Bau L Hr. Müller-Ettler berichtet über die Ergebnisse und Erkenntnisse bei der Einrichtung einer Versuchsstrecke mit offenporigem Asphalt in Augsburg. Zunächst habe es zwar eine erhebliche Lärmreduzierung bis zu 7 Dezibel gegeben. Allerdings sei die Strecke auch durch höhere Herstellungskosten, höhere Unterhaltungsanforderungen und eine geringere Haltbarkeit (ein Drittel einer normalen Decke)

gekennzeichnet gewesen. SenStadt habe zudem mitgeteilt, dass zwei Berliner Referenzstrecken in Tempelhof sowie am Schöneberger Kreuz mittlerweise wieder aufgegeben und mit einer herkömmlichen Decke ersetzt wurden. Insgesamt habe sich diese Technik als noch nicht so ausgereift erwiesen, dass man in Steglitz-Zehlendorf einen weiteren teuren Modellversuch mit dem gleichen Material starten sollte. Herr Müller-Ettler sagt zu, seinen Vermerk mit den Ergebnisse seiner Erkundigungen diesem Protokoll als Anlage beizufügen *(vgl. Anlage 1).*

Auf Bitten der FDP-Fraktion wird der Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

zu 6.5 Klarheit bei möglichen Stellflächen für Werbeflächen
Drucksache: 1741/II - FDP-Fraktion

Bezug nehmend auf die Ausführungen von BzStR Laschinsky in der letzten Ausschusssitzung erklärt die FDP-Fraktion, sie erkenne an, dass sich die Führung einer umfassenden und stets aktuellen Liste von Stellflächen als problematisch erweisen könnte. Stattdessen bitte sie nun jedoch darum, im Ausschuss rechtzeitig darüber informiert zu werden, welche Orte für Werbetafeln zur Verfügung stehen. Auf Nachfrage des Amtes erklärt die FDP-Fraktion, es gehe hier ausschließlich um Stellplätze für *größere* Werbeanlagen wie z.B. Billboards.

Die FDP-Fraktion nimmt die Zusage des Amtes zur Kenntnis, die Fraktionen künftig über Stellflächen für größere Werbetafeln zu informieren; Herr Müller-Ettler weist jedoch darauf hin, dass dies im Stadtplanungsausschuss geschehen müsste. Die FDP-Fraktion zieht ihren Antrag zurück.

zu 6.6 Benennung nach Nentershausen
Drucksache: 1769/II - Fraktionen SPD und CDU

BzStR Wöpke verteilt an die Ausschussmitglieder ein Schreiben von BzStR Stäglin vom 20.01.2006, in dem dieser drei Örtlichkeiten im Bezirk für eine Benennung nach Nentershausen vorschlägt. Nach einer kurzen Diskussion, welche davon am besten geeignet wäre, kommt der Ausschuss überein, dass sich zunächst der Ausschuss für Bildung und Kultur mit dem Antrag befassen muss. Der Ausschussvorsitzende sagt zu, den Antrag über den Ältestenrat an den Ausschuss für Bildung und Kultur zur Mitberatung weiterzuleiten. Zugleich bittet er das Amt um weitere Vorschläge von Orten im ganzen Bezirk *(- und zwar auch im Altbezirk Steglitz, der die Partnerschaft mit Nentershausen geschlossen hatte -)*, die für eine Bennennung nach Nentershausen in Frage kommen.

Bis zum Eingang des Mitberatungsergebnisses des Ausschusses für Bildung und Kultur wird der Antrag zurückgestellt.

zu 6.7 Beseitigung der Unfallgefährdung Potsdamer Chaussee
Drucksache: 1770/II - SPD-Fraktion

Da das vor Eintritt in die Tagesordnung auf 18.30 Uhr festgelegte Sitzungsende erreicht ist, wird dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

zu 6.8 Beleuchtung Langestraße
Drucksache: 1772/II - SPD-Fraktion

Wie TOP 6 .7.

zu 6.9 **Überprüfung von Bundesautobahnschildern**
Drucksache: 1776/II - FDP-Fraktion
Wie TOP 6 .7.

zu 6.10 **Lauenburger Straße für den Durchgangsverkehr sperren**
Drucksache: 1809/II - GRÜNE-Fraktion
Wie TOP 6 .7.

zu 6.11 **Verbesserung des Verkehrsflusses in Zehlendorf Mitte**
Drucksache: 1811/II (neu) - Fraktionen GRÜNE und CDU
Wie TOP 6 .7.

zu 6.12 **Parkverbot Ecke Gritzner-/Treitschkestraße**
Drucksache: 1814/II - SPD-Fraktion
Wie TOP 6 .7.

zu 6.13 **Pflastersteine auf den Bürgersteigen**
Drucksache: 1818/II - CDU-Fraktion
Wie TOP 6 .7.

zu 6.14 **Parkraumbewirtschaftung bis 18 oder 19 Uhr**
Drucksache: 1819/II - FDP-Fraktion
Wie TOP 6 .7.

zu 7 **Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h für die Riemeisterstraße zwischen Argentinischer Allee und Onkel-Tom-Straße**
(siehe Protokoll vom 23.11.05, Seite 8 (9.2)
Wie TOP 6 .7.

zu 8 **Zustand des Ludwig-Beck-Platzes/Stand des Angebots der Fa. Wall**
(siehe Protokoll vom 23.11.05, Seite 9 (10.3)
Wie TOP 6 .7.

zu 9 **Benennung des Platzes zwischen Heinersdorfer Straße/Lange- und Heimkehlenstraße in Berlin-Lichterfelde nach Oskar Lange**
Wie TOP 6 .7.

zu 10 **Ausbau Hildburghauser Straße (aktueller Sachstandsbericht)**
Wie TOP 6 .7.

zu 11 Bericht aus dem Bezirksamt

1. Bericht aus dem Ordnungsamt

1. Schnee- und Eisbeseitigung

Die Mitarbeiter des Allgemeinen Ordnungsdienstes ahnden seit dem letzten Schneefall verstärkt die nicht ordnungsgemäß bzw. gar nicht durchgeführte Schnee- und Eisbeseitigung auf den Gehwegen des Bezirks. In mehreren Fällen wurden Ersatzvornahmen durch die BSR angeordnet. Im Besonderen an BVG-Haltestellen kamen die Grundstückseigentümer ihren Verpflichtungen nicht nach. Mit zwei Presseerklärungen wurden die Bürger nochmals auf ihre Verpflichtungen zur Schnee- und Eisbeseitigung hingewiesen.
Die BSR ist ihrer Verpflichtung, Radwege zu räumen, kaum nachgekommen. Die SPD-Fraktion bittet darum, auch bezirkseigene Grundstücke zu kontrollieren, da dort auch nicht immer geräumt worden sei.

2. Begleitung von Schulverweigerern

Mit dem LuV Schule und Sport wurde abgesprochen, dass der Allgemeine Ordnungsdienst im Einzelfall Schulverweigerer zur Schule begleitet. Voraussetzung ist, dass die Erziehungsberechtigten um eine derartige Hilfe bitten und die Schule die Maßnahme befürwortet sowie beim Ordnungsdienst entsprechende Kapazitäten für die Maßnahme bestehen.
Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt Ord L Hr. Hartmann, es sei allerdings nicht möglich, die Begleitung von Schulverweigerern den Eltern in Rechnung zu stellen.

2. Bericht aus dem Tiefbauamt

3. Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h im Straßenzug Lorenz-/ Mariannenstraße

Das Bezirksamt hat am 24.01.2006 die Information des Fachbereichs Tiefbau zur Kenntnis genommen, dass aufgrund der akuten Gefahrenstellen im Fahrbahnbelag, der in den vergangenen Wochen schon zu vielen provisorischen Reparaturen mit Kaltasphalt geführt hat, der BA-Beschluss zum BVV-Beschluss Nr. 505 vom 19.11.2003, mit dem die kurzfristige Aufhebung der 30 km/h-Regelung zugesagt wurde, nun doch vorerst nicht umgesetzt werden kann. Die BVV wird darüber noch mit einer Vorlage unterrichtet werden.

4. Lichtzeichenanlage oder Fußgängerüberweg am Knotenpunkt Malteser-/Mühlen-/Bruchwitzstraße

Von der Fraktion GRÜNE war zur letzten BVV der Antrag Drs. Nr. 1847/II eingebracht worden, wonach eine Lichtzeichenanlage am o.g. Knoten gewünscht wird. Dem Fachbereich Tiefbau liegen hingegen Untersuchungsergebnisse der TU Berlin vor, nach denen der Schulweg durch zwei Fußgängerüberwege gesichert werden sollte. Die Anordnung der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde für einen der beiden Fußgängerüberwege über die Bruchwitzstraße liegt schon vor. Das Bezirksamt sieht gute Chancen, die Fußgängerüberwege aus dem SenStadt-FGÜ-Sonderprogramm finanziert zu bekommen.
Die Anlage von zwei Fußgängerüberwegen würde dem Antragsanliegen (Lichtzeichenanlage) nicht entsprechen. Der Fachbereich Tiefbau möchte aber trotzdem die Realisierung der Fußgängerüberwege forcieren, weil damit relativ kurzfristig eine Verbesserung für die querenden Schulkinder erzielt werden kann. Die baldige Realisierung einer Lichtzeichenanlage wäre bei derzeit ca. 160 in Berlin schon angeordneten und auf Ausführung wartenden Lichtzeichenanlagen sehr unwahrscheinlich.
Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag des Amtes zu, die Anlage von Fußgängerüberwegen zu forcieren.

Die nachfolgenden Punkte werden vom Amt schriftlich zu Protokoll gegeben:

5. Planung für einen Fußgängerüberweg mit Mittelinsel im Ostpreußendamm/Lippstädter Straße
   SenStadt hat dem Fachbereich Tiefbau mitgeteilt, dass vorgesehen ist, im Ostpreußendamm / Lippstädter Straße einen FGÜ mit Mittelinsel anzuordnen. Dies soll die Überquerung durch Fußgänger verbessern. Einer Bürgerin, die eine Verlegung des FGÜ an eine andere Stelle gewünscht hatte, wurde von SenStadt geantwortet, dass sowohl der Straßenquerschnitt als auch schon vorhandene bauliche Vorarbeiten für den FGÜ an der Lippstädter Straße sprechen. Wenn die Anordnung der zentralen Straßenverkehrsbehörde VLB vorliegt, wird das Amt die Maßnahme für das SenStadt-FGÜ-Sonderprogramm anmelden.

6. Planung für einen Fußgängerüberweg Birkbusch- / Sedanstraße
   Der Fachbereich Tiefbau hat erneut nachgehakt, welchen Stand dieser von BV Hampel besonders geforderte FGÜ hat. Die TU Berlin, die im Auftrag von SenStadt viele Stellen – unter anderem auch diese – auf Realisierung von FGÜ untersucht hat, hat eine positive Empfehlung abgegeben. Nach Auskunft der zentralen Straßenverkehrsbehörde VLB ist der Vorgang aber z. Zt. noch in Bearbeitung.

7. Fußgängerverkehr an der Kreuzung Lindenthaler Allee / Niklasstraße
   Wie in der letzten Sitzung des Bau-Ausschusses zugesagt, hatte sich das Amt bei der VLB erkundigt, ob Zahlen zum Fußgängerverkehr an der o.g. Kreuzung vorliegen, da von einer Bürgerin ein Fußgängerüberweg oder eine Lichtzeichenanlage gewünscht wurde. Die VLB hat am 29.12.2005 geantwortet, dass für eine 12-stündige Zählung kein Grund zu erkennen ist. Die VLB hat der Bürgerin direkt geantwortet.

8. BVV-Antrag Drs. Nr. 1656/II „Für Radfahrer passierbare Sackgassen kennzeichnen“
   Mit der Zusage des Amtes, das Antragsanliegen umzusetzen, wurde dieser Antrag für erledigt erklärt. Bei der Beschäftigung mit dem Antragsanliegen ist dem Amt bekannt geworden, dass eine Änderung der StVO im Gange ist, mit der ein neues Verkehrszeichen 357.2 „Durchlässige Sackgasse“ eingeführt werden soll. Das Amt bittet um Verständnis, dass bis zur Einführung dieses Verkehrszeichens keine Ausschilderungen vorgenommen werden. Im Übrigen wäre das Amt weiterhin über Hinweise aus dem Kreis der BVV auf in Frage kommende Stellen dankbar.

9. Änderungen in der Zuständigkeit für Bundesfernstraßen
   Mit Amtsblattveröffentlichung vom 30.12.2005 (S. 4732) ist der Fachbereich Tiefbau ab dem 01.01.2006 zuständig für zwei Abschnitte der Bundesstraße 1 (Quantzstraße bis Stahnsdorfer Damm und Otto-Erich-Straße bis Friedenstraße), die zuvor als „freie Strecke“ in der Zuständigkeit der Bundesfernstraßenverwaltung lagen. Ebenfalls zum 01.01.2006 wurde die Zufahrtsstraße von der B 1 zum Zollamt Dreilinden entlang des ehemaligen Stauraumes Dreilinden aus der fernstraßenrechtlichen Widmung entlassen und damit in die Baulast des BA Steglitz-Zehlendorf übergeben.

10. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Königstraße in Zehlendorf
    Im letzten Bauausschuss hatte eine Bürgerin vorgetragen, durch den zu starken und zu schnell fahrenden Durchgangsverkehr in der Königstraße in ihrer Wohnruhe beeinträchtigt zu sein. Das Amt hatte daraufhin zugesagt, sich mit den drei vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen zu befassen, als da waren:
    a) Sperrung der Königstraße in Höhe der Bahnüberführung
    b) Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung
    c) Änderung der Parkvorschriften (Aufhebung des Gehwegparkens).

Zu a) hat das Amt keine Veranlassung gesehen, diesen schon in der Vergangenheit geprüften und aufgrund von Einsprüchen fallen gelassenen Vorschlag, der u. a. zu erheblichen Umwegfahrten und damit zu erhöhten Verkehrsbelästigungen führen würde, erneut aufzugreifen.
Der Vorschlag zu b) wurde vom Amt geprüft und aus den gleichen Gründen wie zuvor ebenfalls abgelehnt, zumal nicht zu erwarten ist, dass in einer Einbahnstraße langsamer gefahren wird (fehlender Gegenverkehr!).
Zu c) hat das Amt die derzeitige Parksituation genau aufgenommen und analysiert. Übereinstimmend mit der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde wird eine Änderung zwar für möglich, aber nicht für notwendig erachtet, zumal bei einer Änderung der Parkvorschriften mit Protesten anderer Anwohner gerechnet werden muss. Die Fahrgassenbreite bleibt bei beiden Varianten (auf beiden Seiten halbseitiges Gehwegparken oder auf einer Seite mit vier Rädern am Fahrbahnrand) mit ca. 3,50 m gleich.
Das Amt wird der Bürgerin seine Auffassung nach diesem Ausschuss schriftlich mitteilen.

11. Geplante Einbeziehung der Baseler Straße südlich Finckensteinallee in die Tempo-30-Zone
Die bezirkliche Straßenverkehrsbehörde hat den Fachbereich Tiefbau um Stellungnahme gebeten, ob der südliche Abschnitt der Baseler Straße in die umgebende Tempo-30-Zone mit aufgenommen werden kann. Der Fachbereich Tiefbau hat keine Bedenken geäußert, zumal der ursprüngliche Grund der Nichteinbeziehung (alliierte Fahrzeuge zu den Andrew-Barracks) verschwunden ist.

zu 12 Verschiedenes

1. Die Fraktion der FDP kritisiert, dass den Bürgern nicht mitgeteilt wurde, dass Vignetten neuerdings in dem Bezirk, in dem sie gelten sollen, beantragt werden müssen, während dies bisher in ihrem Wohnbezirk zu geschehen hatte. Orl L Hr. Hartmann erklärt, das Amt werde künftig auf seinen Internetseiten darauf hinweisen.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Eichstädt
Ausschussvorsitzender

Kühnast
Schriftführer

BA Steglitz-Zehlendorf
Bauamt – Tief 1

23. Jan. 2006
90299 - 5264

Stellungnahme

zum BVV-Antrag Drs.-Nr. 1702/II „Flüsterstraße" auch im Berliner Modellversuch

Zu dem im oben genannten Antrag enthaltenen Vorschlag, auch im Bezirk Steglitz-Zehlendorf eine Versuchsstrecke mit einem offenporigen Asphalt in einer Hauptverkehrsstraße anzulegen, gebe ich nach Studium verschiedener Unterlagen und INTERNET-Veröffentlichungen die folgenden Hinweise:

Offenporige Asphaltdecken (OPA) bzw. doppelschichtige offenporige Asphaltdecken (2OPA) sind Sonderasphalte mit mindestens 22 Vol.-% Hohlraumgehalt.

Es gibt Versuchsstrecken mit OPA bzw. 2OPA, bei denen (anfangs) eine Verminderung der Lärmemissionen durch den Kfz-Verkehr um 6 bis 7 dB(A) gemessen wurde.

Der eigentliche Einsatzort von OPA ist eher außerorts auf schneller befahrenen Straßen, da dort das durch OPA verminderte Reifen-Fahrbahn-Geräusch dominiert. Innerorts ist die Wirkung von OPA geringer, da hier die Antriebsgeräusche der Fahrzeuge überwiegen.

Strecken mit OPA bzw. 2OPA sollen keiner hohen Verschmutzung ausgesetzt sein und bedürfen einer regelmäßigen Wartung durch Hochdruckreinigungsfahrzeuge.

OPA haben höhere Herstellungskosten als normale Asphaltdecken. Es wird erwartet, dass sie eine geringe Haltbarkeit haben und schneller erneuert werden müssen (alle 6 Jahre?). Bei durch Bordsteine begrenzten Innerortsstraßen sind besondere und deshalb teure Einrichtungen für die Entwässerung des OPA-Belags erforderlich.

Auch die Unterhaltung von OPA ist kostenaufwändiger, weil bei Aufgrabungen oder Reparaturen größere zusammenhängende Flächen bis zum Bord erneuert werden müssen, da sonst die Drainagewirkung unterbrochen wird. Bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen muss die OPA komplett ausgetauscht werden. Auch Fahrbahnmarkierungen auf OPA sind teurer und der Winterdienst wird aufwändiger, da öfter gefahren und mehr Salz gestreut werden muss.

FAZIT: Solange die OPA bzw. 2OPA noch in der Erprobungsphase sind, sollte auf Grund der höheren Kosten, insbesondere hinsichtlich der Unterhaltung, von einer Versuchsstrecke im Bezirk Steglitz-Zehlendorf Abstand genommen werden.

Müller-Ettler